155. Ist in dem Falle, wenn nur die Anklageschrift, aber nicht der Eröffnungsbeschuß die erforderliche Bezeichnung der Straftat enthält, für die Begrenzung des Gegenstandes der Urteilsfindung der Inhalt der Anklageschrift maßgebend?

St. P. D. §. 153. §. 198 Abs. 1. §. 205 Abs. 1. §. 263.

II. Straffenat. Ur. v. 8. März 1881 g. C. Rep. 383/81.

I. Landgericht Braunsberg.

Aus den Gründen:

„Der Angeklagte war vom 1. September 1877 bis Juli 1880 Rammereikassen-Rendant der Stadt J. Nach den Behauptungen der Anklageschrift fehlten in der von ihm verwalteten Kasse seit länger als

zwei Jahren größere Summen. Die Ursache des Defizits wird als nicht erweisbar hingestellt und nur als wahrscheinliche Ursache die unrichtige und unregelmäßige Buchführung und die durch Trunksucht hervorgebrachte und gesteigerte Unfähigkeit zur Führung des Amtes bezeichnet. Drei Fälle eines Vergehens gegen §. 350 St.G.B.'s werden jedoch in den vom Angeklagten zugestandenem Thatfachen gefunden, daß er nämlich 1878, 1879 und bezw. 1880 aus der Kammereikasse Gelder herausgenommen hat, welche er vor Rassenrevision sich leihweise von Dritten beschafft und zur Verdeckung des Defizits in die Kasse gelegt hatte. In dem Eröffnungsbeschlusse wird dem Angeklagten zur Last gelegt,

seit dem Herbst 1878 bis zum Sommer 1880 zu F. durch mehrere selbständige Handlungen als Beamter Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft in Gewahrsam hatte, sich rechtswidrig zugeeignet zu haben.

Das angefochtene Urteil hat für die Zeit vom Jahre 1878 bis 2. Juli 1880 nicht drei, wohl aber zwei selbständige Handlungen in Übereinstimmung mit dem Eröffnungsbeschlusse festgestellt, aber in beiden Fällen das Vergehen der Unterschlagung nicht in den aus Anlaß der Rassenrevisionen, bei und nach denselben vorgenommenen Manipulationen gefunden, vielmehr aus letzteren rückwärts geschlossen, daß vorher schon widerrechtliche Verfügungen über Kassengelder seitens des Angeklagten stattgefunden haben, und so auf Strafe wegen Handlungen erkannt, welche den dem Angeklagten in der Anklageschrift zur Last gelegten vorausgegangen waren.

Mit Recht rügt die Revision des Angeklagten, daß zum Gegenstande der Urteilsfindung eine andere That gemacht sei, als die in der Anklage bezeichnete. Nach den §§. 153. 263 St.P.O. erstreckt sich die Urteilsfindung nur auf die in der Anklage bezeichnete That. Unter „Anklage“ im Sinne des §. 263 ist, wie sich aus den §§. 204. 205. 242 a. a. O. ergibt, für den Fall einer Abweichung des Eröffnungsbeschlusses von der Anklageschrift, insbesondere wenn eine dem Angeklagten in der letzteren zur Last gelegte That im Beschlusse, als nicht einen Gegenstand der Verfolgung bildend, ausgeschieden ist, der Inhalt des Eröffnungsbeschlusses zu verstehen. Die Vorschrift in §. 263 schließt nun zwar eine Berücksichtigung neuer in der Verhandlung hervorgetretener Umstände nicht aus, hält aber doch an dem Erfordernisse der

Identität der den Gegenstand der Urteilsfindung und den der Anklage bildenden That fest. Von dieser Regel enthält nur die Vorschrift in §. 265 das. eine Ausnahme, auf welche aber im vorliegenden Falle nicht einzugehen ist, weil ihre Voraussetzungen, nämlich ein auf Aburteilung der neu hervorgetretenen That gerichteter Antrag der Staatsanwaltschaft und die Zustimmung des Angeklagten, unzweifelhaft fehlen.

In welchem Umfang eine Individualisierung der That in der Anklage geboten ist, und in welchen Fällen die beregte Identität der That anzunehmen ist, darüber hat weder die Gesetzgebung, noch die Doktrin eine maßgebende und erschöpfende Regel aufzustellen vermocht. Diese Fragen sind also je nach der Lage des einzelnen Falles unter Berücksichtigung des Zweckes der vom Gesetzgeber der Urteilsfindung gesetzten Grenze zu beantworten. Zweck jener Grenze ist, wie die Einzelbestimmungen in §. 264 St. P. O. ergeben und auch in den Motiven des Entwurfes zu §. 223, jetzt §. 263 S. 154 zum Ausdruck gebracht ist, das Verteidigungsrecht sowohl in dem anhängigen Verfahren, als auch gegen eine spätere Verfolgung derselben That nach rechtskräftiger Aburteilung zu wahren. Aus diesem Grunde ist in §. 198 St. P. O. vorgeschrieben, daß die Anklageschrift die dem Angeeschuldigten zur Last gelegte That unter Hervorhebung der gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetzes zu bezeichnen habe. Es genügt also nicht, eine Hervorhebung der gesetzlichen Thatbestandsmerkmale und eine Allegierung des Strafgesetzes, sondern es bedarf auch einer Bezeichnung der That durch Darstellung des Sachverhaltes, das heißt der Vorgänge, in welchen die gesetzlichen Thatbestandsmerkmale gefunden werden, insofern, daß die dem Angeklagten zur Last gelegte That von anderen Thaten unterschieden werden kann, damit, wie der Bericht der Justizkommission des Reichstags (2. Leg.-Per. IV. Sess. 1876 Nr. 10 zu §. 162a S. 58) ausführt, dem Angeklagten darüber Gewißheit verschafft werde, wessen er angeklagt sei, und welche Thatfachen als diejenigen angesehen werden, durch welche die Anklage begründet werde. Die Grenzen der hiernach erforderlichen Specialisierung unterliegen der thatsächlichen Würdigung des einzelnen Falles; nur die allgemeine Regel läßt sich hinstellen, daß eine so genaue Bezeichnung der That durch Angabe der konkreten Thatumstände erforderlich erscheint, daß darüber kein Zweifel entstehen kann, welche Handlung oder Unterlassung den Gegenstand der Aburteilung bilden soll. Der Eröffnungsbeschluß unter-

scheidet sich bezüglich seines Inhaltes von der Anklageschrift nur darin, daß in ihn die Beweismittel und die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen nicht aufzunehmen sind; in Ansehung der Bezeichnung der That stellt das Gesetz (§. 205 St. P. O.) an ihn die gleichen Anforderungen wie an die Anklageschrift.

Im vorliegenden Falle genügt diesen Anforderungen zwar die Anklageschrift, nicht aber der vorstehend seinem ganzen Inhalte nach wiedergegebene Eröffnungsbeschuß. Die Mängel in der Fassung des letzteren können aber, weil den Beteiligten ein Mittel zur Herbeiführung einer Remedur nicht gegeben ist (St. P. O. §. 209), weder eine Einschränkung der Anklagebehörde in ihren prozessualen Befugnissen, noch eine Benachteiligung des Angeklagten in seinem Verteidigungsrechte zur Folge haben. Es erscheint sonach eine Ergänzung des mangelhaften Beschlusses aus der Anklageschrift um so mehr zulässig und geboten, als von der Annahme ausgegangen werden muß, die Strafkammer habe, indem sie eine Abweichung von der Anklageschrift nicht erkennbar machte, ihren Beschluß auf Grund und im Einklange mit derselben erlassen.

Die Anklageschrift nimmt nun auf die umfangreiche Beweisaufnahme Bezug, welche im Vorverfahren gegen den Beschuldigten zwecks der Ermittlung der ursprünglichen Ursache des in der Kasse vorgefundenen Defizits stattgefunden hatte. Die nach dieser Richtung hin ihm früher zur Last gelegten Handlungen schied die Anklageschrift ausdrücklich aus, indem sie das Defizit seinem ersten Grunde nach auf Fahrlässigkeit des Angeklagten als wahrscheinliche Ursache zurückführte. Aus Anklageschrift und Eröffnungsbeschuß konnte der Angeklagte danach nur entnehmen, daß er sich wegen der Handlungen zu verantworten habe, welche ihm die Anklageschrift hinsichtlich der Kassenrevisionen und der diesen unmittelbar vorausgegangenen und nachgefolgten Manöver zur Last legte, also wegen der Beschuldigung, daß er Gelder, welche er sich zur Deckung vorhandener auf Malversationen nicht zurückzuführender Defekte vor den Revisionen geliehen und in die Kasse gelegt hatte, nach diesen Revisionen wieder aus der Kasse herausgenommen und zum Nachteil des Eigentümers der Kasse verwendet hatte. Ohne das Verteidigungsrecht des Angeklagten zu beeinträchtigen, konnten die den Kassenrevisionen vorausgegangenen Verfügungen über Kassengelder nicht anders als mit seiner Zustimmung (St. P. O. §. 265) zum Gegenstande der Verhandlung gemacht werden. Ausweislich des Protokolles über die Haupt-

verhandlung ist auch über jene Verfügungen nicht verhandelt. Wenn trotzdem das Urteil auf diese Verfügungen zurückgriff und den Angeklagten wegen derselben bestrafte, konstruierte es eine That, auf welche weder die Anklage, noch die Verhandlung gerichtet waren, ohne dem Angeklagten in betreff dieser That auch nur die Möglichkeit einer Verteidigung zu gewähren. Das Urteil verletzt sonach offenbar die §§. 153. 263 St. P. O.“